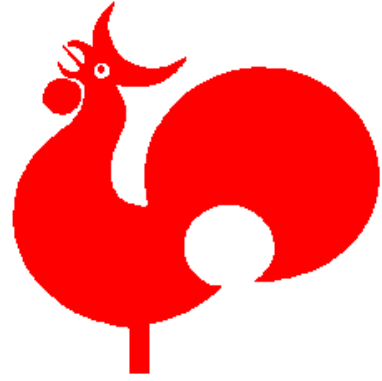


Evangelische StudentInnengemeinde (ESG)
Quellenweg 55a
26129 Oldenburg



Die Atomwirtschaft zerstört unsere Lebensgrundlagen

In der Zeit vom 6. – 9. November dieses Jahres soll ein weiterer Castortransport von der Plutoniumfabrik La Hague in das atomare Zwischenlager Gorleben stattfinden. Aus diesem Anlass finden zahlreiche Proteste statt. Wiederum werden mit einem riesengroßen Polizeieinsatz Entscheidungen durchgesetzt, die offensichtlich ein demokratisches Legitimationsproblem haben. Die Transporte stoßen auf Widerstand in breiten Teilen der Bevölkerung und sind somit demokratisch nicht legitim.

Als Evangelische StudentInnengemeinde (ESG) Oldenburg schließen wir uns den Protesten an. Wir verstehen die befreiende biblische Botschaft auch als Aufforderung zum Widerstand gegen die Zerstörung der ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen. Wir setzen uns ein für Menschenrechte, Solidarität und Selbstbestimmung in Gesellschaft, Hochschule und Kirche.

Wir sind gegen Atommülltransporte aller Art, den Betrieb von Atomkraftwerken und Plutoniumfabriken sowie die schleichende Abschaffung der Demokratie, denn:

- Es gibt weltweit keine Entsorgungsmöglichkeit für hochradioaktiven Atommüll. Niemand kann garantieren die Biosphäre für die kommenden Generationen vor den Gefahren des atomaren Mülls zu schützen.
- In Plutoniumfabriken wird das Volumen des radioaktiven Mülls vervielfacht, ohne die Strahlung zu reduzieren. Dabei gelangen außerdem erhebliche Mengen radioaktiven Materials in die Umwelt.
- In Atomkraftwerken können trotz hoher Sicherheitsstandards atomare Unfälle nicht ausgeschlossen werden. Die auch in deutschen Atomkraftwerken auftretenden Pannen zeigen deutlich, dass es absolute Sicherheit nie geben kann. Einschlägige Beispiele beweisen auch, dass Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden und die Betreiber nicht in jedem Fall zuverlässig sind.
- Zur Durchsetzung der Atompolitik setzt sich der Staat über elementare demokratische Grundsätze hinweg: Versammlungsrecht, Unschuldsvermutung, Freizügigkeit und die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die Verschärfung des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes zum Beispiel dient vor allem den Interessen der Durchsetzung der Atommüll-Transporte nach Gorleben.
- Der Staat missbraucht die PolizistInnen auf inhumane Weise zur Durchsetzung seiner Atompolitik gegen einen starken Widerstand aus breiten Teilen der Bevölkerung.

Die ESG fordert alle Menschen auf, sich aktiv an den Protesten gegen den Atommülltransport zu beteiligen.

Die ESG fordert auf, sich für eine Politik einzusetzen, die diese Ziele verfolgt:

- Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie
- Stopp aller Atommülltransporte
- Lagerung des radioaktiven Mülls in den Atomkraftwerken
- Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft und den diesbezüglichen Staatsverträgen
- Umstieg der Anbieter und der Verbraucher auf regenerativ erzeugten Strom
- Effektive Förderung des Stromsparens und der Entwicklung von Stromerzeugungsalternativen
- Stärkung der Demokratie durch direkte Bürgerbeteiligung

Beschlossen auf der Sitzung des teams (Gemeinderat der ESG Oldenburg) am 27.10.04